



JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere

Wolfgang Scherf

**Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche
Wirkungen der Nominallohnpolitik**

Arbeitspapier Nr. 56/2000

ISSN 0179-2806

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

[Prof. Dr. Armin Bohnet](#)

Professur für Volkswirtschaftslehre IV

Licher Straße 66

35394 Gießen

☎ 0641 99 22100

[Prof. Dr. Wolfgang Scherf](#)

Professur für Volkswirtschaftslehre II

Licher Straße 74

35394 Gießen

☎ 0641 99 22080

Inhaltsverzeichnis

1. Problemstellung: Lohnpolitik zwischen Stabilität und Verteilung	3
2. Angebots- und nachfrageorientierte Konzeptionen der Lohnpolitik	4
<i>a. Das Konzept der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik</i>	4
<i>b. Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik</i>	6
<i>c. Das Konzept der nachfrageniveauneutralen Lohnpolitik</i>	8
3. Verknüpfung der angebots- und nachfrageorientierten Lohnleitlinien	11
<i>a. Angebots- und Nachfrageeffekte der Nominallohnpolitik</i>	11
<i>b. Die Problematik einer „kompensatorischen“ Lohnpolitik</i>	12
4. Konsequenzen für ein erweitertes Stabilitätslohnkonzept	13
<hr/>	
Literatur	15
Bisher erschienene Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere	16

Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Nominallohnpolitik

1. Problemstellung: Lohnpolitik zwischen Stabilität und Verteilung

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist seit den siebziger Jahren gekennzeichnet durch das periodisch gleichzeitige Auftreten von Inflation und Arbeitslosigkeit. Zur Entstehung und Verfestigung solcher Stagflationstendenzen hat eine gewerkschaftliche Nominallohnpolitik erheblich beigetragen, die neben der Beteiligung am Produktivitätsfortschritt in der Regel einen „Inflationsausgleich“ und teilweise auch eine Verteilungsänderung zugunsten der Arbeitnehmer im Sinne einer Erhöhung der Lohnquote erreichen will. Die empirischen Erfahrungen zeigen, daß überzogene Lohnabschlüsse zu kosteninduzierten Preissteigerungen und – in Verbindung mit einer restriktiven Geldpolitik – zu gravierenden Produktions- und Beschäftigungsverluste führen können.

Infolgedessen plädieren viele Ökonomen für eine stabilitätskonforme Lohnpolitik¹, nicht zuletzt zur Ergänzung bzw. Absicherung der Globalsteuerung durch die Geld- und Finanzpolitik. Die Erfolgsaussichten derartiger Vorschläge dürfen angesichts des tatsächlichen Verhaltens der Tarifparteien in der Bundesrepublik Deutschland nicht überschätzt werden. Die Suche nach adäquaten Orientierungsgrößen für eine Lohnpolitik, die weder inflationsfördernd noch beschäftigungsfeindlich wirken soll, erscheint dennoch sinnvoll. Die traditionellen Lohnleitlinien werden nämlich nicht nur in der Praxis ständig ignoriert; sie können auch aus theoretischer Sicht nur mit erheblichen Einschränkungen überzeugen. Unter bestimmten Voraussetzungen führen sie sogar zu falschen Empfehlungen für die Tarifverhandlungen.

Die Mißachtung der Lohnleitlinien beruht aber nicht primär auf ihrer unzulänglichen ökonomischen Fundierung, sondern auf dem verbreiteten Glauben an die Verteilungswirksamkeit der Nominallohnpolitik. Die Forderung nach „Lohnzurückhaltung“ wird oftmals verstanden als verklausulierter Vorschlag einer „Umverteilung von unten nach oben“, als verteilungspolitisch unzumutbarer Verzicht auf wohlverdiente Reallohnansprüche. Darüber hinaus wird die stabilitätspolitische Begründung der Lohnleitlinien als Versuch kritisiert, die Stabilisierungslasten einseitig auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Die folgende Analyse der stabilitäts- und verteilungspolitischen Implikationen alternativer Nominallohnkonzepte soll auch dazu beitragen, derartigen Fehlurteilen entgegenzuwirken und die Verteilungsdebatte auf eine ökonomisch rationale Grundlage zu stellen.

¹ Vgl. zu den grundlegenden Aspekten der Einkommenspolitik z. B. J. Pätzold, 1993, S. 292 ff. Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnkonzeptionen werden ausführlich diskutiert bei A. E. Ott, 1968; E. Scheele, 1969; K. Kleps, 1982.

2. Angebots- und nachfrageorientierte Konzeptionen der Lohnpolitik

Das bekannteste Stabilitätslohnkonzept ist die produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die auch den Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen bildet¹. Diskutiert werden alternative Ansätze einer theoretischen Begründung der Produktivitätsformel sowie Ansatzpunkte der Kritik und der Weiterentwicklung des Konzepts unter angebots- oder nachfrage-theoretischen Aspekten. Die angebotsorientierte Perspektive charakterisiert vor allem das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik des *Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*². Nachfragefaktoren spielen dagegen in der Diskussion über die Lohnleitlinien eine untergeordnete Rolle. Sie werden vor allem in Verbindung mit einer verstärkten Vermögensbildung der Arbeitnehmer diskutiert. Eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik setzt freilich voraus, daß die einseitige Angebots- bzw. Kostenorientierung zugunsten einer stärkeren Integration von Nachfrage- bzw. Kreislaufaspekten aufgegeben wird.

a. Das Konzept der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik

Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik zeichnet sich durch die Orientierung der Erhöhung der Nominallohnsätze an der Steigerungsrate der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität aus. Das damit verfolgte Primärziel ist die Preisniveaustabilisierung. Verteilungspolitische Ziele sollen demgegenüber zurücktreten: „Die Konstanz der Lohnquote wird als Preis für die Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Preisniveaus in Kauf genommen“³.

Die angebots- bzw. kostenorientierte Argumentation stellt den Zusammenhang zwischen Angebotspreisniveau und Stückkosten in den Vordergrund⁴. Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß die Preisbildung in einer Wirtschaft, in der monopolistische Marktformen (Oligopole, monopolistische Konkurrenz) dominieren, typischerweise mit Hilfe einer Zuschlagskalkulation erfolgt. Als Kalkulationsgrundlage dienen im einfachsten Fall die Lohnstückkosten⁵, die dem Produkt aus Lohnsatz (w) und Arbeitsstunden (A) dividiert durch das reale Sozialprodukt (Y_r) entsprechen. Das Angebotspreisniveau (p_s) ergibt sich dann in Abhängigkeit von den Lohnstückkosten und dem darauf bezogenen Gewinnzuschlag (z):

$$(1) \quad p_s = (1 + z) w \frac{A}{Y_r}$$

Nominallohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts haben nach Gleichung (1) keine Preissteigerungen zur Folge, sofern der Gewinnzuschlag konstant bleibt. Da der Zuschlag den durchschnittlichen Monopolgrad zum Ausdruck bringt,

¹ Vgl. zur produktivitätsbezogenen Lohnpolitik M. Wansleben, 1984; J. Husmann, 1985.

² Vgl. *Sachverständigenrat*, 1964, Z. 248.

³ A. E. Ott, 1968, S. 48.

⁴ Vgl. H. Bartmann, 1981, S. 338 ff.

⁵ Vgl. zur Berücksichtigung weiterer Kostenelemente im Rahmen der *kostenniveauneutralen Lohnpolitik* Abschnitt 2.b.

kann man Gleichung (1) auch so interpretieren, daß produktivitätsorientierte Lohnabschlüsse bei unveränderten Wettbewerbsverhältnissen preisniveauneutral sind¹.

Der Bezug zur Einkommensverteilung läßt sich leicht über die Lohnquote herstellen, die aus der Angebotspreisbildung gemäß Gleichung (1) resultiert:

$$(2) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w A}{p_s Y_r} = \frac{1}{1+z}$$

Bei konstantem Gewinnzuschlag bzw. Monopolgrad ist der Anteil der Löhne (L) am Gesamteinkommen (Y) angebotsseitig fixiert². Die Nominallohnpolitik hat keinen Einfluß auf die Einkommensverteilung. Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus bewirken einen Anstieg des Preisniveaus, der die Lohn- bzw. die Gewinnquote stabilisiert. Die Forderung nach einer produktivitätsbezogenen Lohnpolitik bedeutet aus dieser Perspektive, daß die ohnehin feststehende Verteilung akzeptiert werden soll, damit die Preisniveaustabilität nicht unter zwecklosen Verteilungskämpfen leidet. Da sich die Einkommensverteilung unabhängig von der Lohnpolitik aus den unterstellten Angebotsbedingungen ergibt, ist die oben zitierte Aussage von *Ott* etwas irreführend, daß die Konstanz der Lohnquote mit Blick auf die Stabilisierung des Preisniveaus *in Kauf genommen* werden müsse.

Die angebotsseitige Begründung der Produktivitätsregel kann nicht nur auf der Basis einer monopolgradtheoretisch, sondern auch auf der Basis einer grenzproduktivitätstheoretisch fundierten Preisbildung erfolgen³. Die makroökonomische Grenzproduktivitätstheorie geht von einer neoklassischen Produktionsfunktion aus, die Substitution zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit (A) und Kapital (K) zuläßt und bei partieller Faktorvariation abnehmende Ertragszuwächse aufweist. Die Preisbildung der Unternehmen folgt einem Gewinnmaximierungskalkül nach dem Marginalprinzip. Oftmals wird über diesen allgemeinen Rahmen hinausgehend die Marktform der vollkommenen Konkurrenz sowie als spezifische Form der neoklassischen eine *Cobb-Douglas*-Produktionsfunktion vorausgesetzt. In diesem Fall gilt für die Gesamtproduktion bzw. das Realeinkommen:

$$(3) \quad Y_r = Y_r(A, K) = A^\alpha K^{1-\alpha}$$

Bei vollkommener Konkurrenz resultiert dann für den Reallohn:

¹ Ein steigender Monopolgrad reduziert die Lohnquote. Infolgedessen hat die Wettbewerbspolitik in der Marktwirtschaft auch erhebliche verteilungspolitische Bedeutung.

² Die aus der Zuschlagskalkulation abgeleitete Konstanz der Lohnquote setzt streng genommen eine proportionale Beziehung zwischen Arbeitseinsatz und Produktionsmenge voraus. Nur dann variieren die Lohnstückkosten nicht mit dem Sozialprodukt, und die Preisgleichung (1) gilt wie die daraus resultierende Lohnquotengleichung (2) für jedes Produktionsniveau. Vgl. zur Abhängigkeit der Lohnquote vom Auslastungsgrad des Produktionspotentials Abschnitt 3.a.

³ Es überrascht nicht, daß die Preisaufschlagshypothese Kritik hervorgerufen hat, steht sie doch im Widerspruch zu den Aussagen der mikroökonomischen Theorie über gewinnorientiertes Unternehmerverhalten. Vgl. U. v. *Suntum*, 1982, S. 324. Dafür hat sie allerdings den Vorzug, durch empirische Untersuchungen über die Preisbildung in der betrieblichen Praxis gestützt zu werden. Vgl. für die Bundesrepublik Deutschland S. *Wied-Nebbeling*, 1985.

$$(4) \quad \frac{w}{p} = \frac{d Y_r}{d A} = \alpha A^{\alpha-1} K^{1-\alpha} = \alpha \frac{Y_r}{A}$$

und infolgedessen für die Lohnquote:

$$(5) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w A}{p Y_r} = \frac{d Y_r / d A}{Y_r / A} = \alpha$$

Der Anteil der Löhne am Sozialprodukt entspricht dem Verhältnis zwischen dem physischen Grenzprodukt und dem Durchschnittsprodukt der Arbeit (Produktionselastizität). Wenn eine *Cobb-Douglas*-Funktion vorliegt, verändern sich Grenz- und Durchschnittsprodukt bei partieller Faktorvariation prozentual gleich, so daß der Quotient aus beiden Größen konstant bleibt. Die Lohnquote reagiert nicht auf Veränderungen von Produktion und Beschäftigung, sondern erreicht im Gleichgewicht stets den Wert des Exponenten des Faktors Arbeit (α) in der Produktionsfunktion¹.

Wiederum ist also die Verteilung angebotsseitig fixiert, und zwar durch die Eigenschaften der Produktionsfunktion und die Konkurrenzverhältnisse. Die Konsequenzen für die Lohnpolitik entsprechen daher auch weitgehend den auf der Grundlage einer Zuschlagskalkulation abgeleiteten Ergebnissen: Produktivitätsbezogene Nominallohnerhöhungen lassen Preisniveau und Verteilung unberührt, während Lohn erhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus bei gegebenem Sozialprodukt inflationär wirken, ohne die Lohnquote zu verändern.

Allerdings können expansive Lohnerhöhungen auch zu Lasten von Produktion und Beschäftigung gehen. Wenn der induzierte Anstieg des Preisniveaus den Nominallohnzuwachs nicht kompensiert, steigt der Reallohn und infolgedessen nimmt die Beschäftigung ab. Die Konstanz der Lohnquote ist eben nicht gleichbedeutend mit einem konstanten Reallohn. Vielmehr besteht die Möglichkeit, daß die noch beschäftigten Arbeitnehmer ihre Reallohnposition zu Lasten der nicht mehr Beschäftigten verbessern. Entgegen einer verbreiteten Ansicht führen höhere Nominallöhne aber nicht zwangsläufig zu einem Beschäftigungsabbau. Ob und in welchem Maße dies geschieht, hängt vom Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen und damit von der Entwicklung der nominellen Gesamtnachfrage ab. Dies zeigt bereits, daß eine rein angebotsseitige Betrachtung der Lohneffekte unvollständig ist und irreführende Schlußfolgerungen nahelegt.

b. Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik

Bevor die Nachfrageaspekte integriert werden, erscheint es zweckmäßig, die angebotsorientierte Sicht durch das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik zu ergänzen. Der *Sachverständigenrat* wandte sich damit vor allem gegen die Vernachlässigung der Nichtlohnkosten durch die Produktivitätsregel. Die wesentlichen lohn-

¹ Vgl. B. Külp, 1994, S. 106.

politischen Bedingungen für Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung hat der *Sachverständigenrat* folgendermaßen umrissen¹:

- Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist identisch mit dem Problem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.
- Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne im allgemeinen nur um den Prozentsatz erhöht werden, um den in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde zugenommen hat.
- Über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus ist ein zusätzlicher Spielraum für Lohnerhöhungen gegeben, wenn der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt oder wenn die *terms of trade* sich verbessern.
- Zu den Lohnerhöhungen rechnen im Hinblick auf die Kostenseite auch Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge, sofern sie den Arbeitgeberanteil betreffen.

Die kostenniveauneutrale Lohnpolitik stellt den Kosten-Preis-Zusammenhang in den Vordergrund und korrespondiert insofern mit einer Zuschlagskalkulation auf der Basis der gesamten Stückkosten. Die Einbeziehung zusätzlicher Kostenfaktoren ist ein Fortschritt gegenüber der einfachen Produktivitätsregel. Neben Kapitalkosten, Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und Kosten der importierten Vorleistungen, die sich hinter dem Hinweis auf die *terms of trade* verbergen, müssen als weitere gesamtwirtschaftlich relevante Größe die indirekten Steuern berücksichtigt werden. Faßt man diese Größen als Nichtlohnkosten (Q) zusammen, so erhält man eine gegenüber Gleichung (1) erweiterte Funktion für das Angebotspreisniveau mit z^* für den Gewinnzuschlag auf die gesamten Stückkosten:

$$(6) \quad p_s = (1 + z^*) \left[w \frac{A}{Y_r} + \frac{Q}{Y_r} \right]$$

Bei strenger *ceteris-paribus*-Argumentation unterscheidet sich die kostenniveauneutrale Lohnpolitik nicht von der einfachen Produktivitätsregel. In beiden Fällen lassen produktivitätsbezogene Nominalloohnerhöhungen für sich genommen das Kosten- und damit auch das Preisniveau unberührt, während Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus Preissteigerungen nach sich ziehen, die eine Überwälzung der zusätzlichen Lohnstückkosten ermöglichen. In einer engen Interpretation könnte man der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik aus angebotsorientierter Sicht also durchaus Stabilitätskonformität attestieren.

Allerdings geht das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik einen Schritt weiter. Variationen der Nichtlohnkosten pro Stück sollen durch entgegengerichtete Abweichungen der Nominalloohnerhöhungen vom Produktivitätsfortschritt ausgeglichen werden. Steigen die spezifischen Nichtlohnkosten, so setzt ein stabiles Angebotspreisniveau aus kostentheoretischer Sicht Nominalloohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität voraus. Hinter solchen

¹ Vgl. *Sachverständigenrat*, 1964, Z. 248.

Abweichungen von der Produktivitätsregel steht eine weit gefaßte Interpretation der Stabilitätskonformität. Die Lohnpolitik soll nicht nur selbst keine inflationären Impulse geben, sondern darüber hinaus anderweitig verursachte Preisauftriebstendenzen neutralisieren. Eine solche *kompensatorische* Lohnpolitik stellt – unabhängig von der konkreten *Kompensationsregel* – besondere Anforderungen an die Kompromißbereitschaft der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhang muß man jedoch beachten, daß auch die kostenniveauneutrale Lohnpolitik innerhalb des gesetzten Modellrahmens keinen Verzicht der Arbeitnehmer auf sonst mögliche Realeinkommen verlangt¹. Beispielsweise impliziert ein Anstieg der indirekten Steuern einen Rückgang der Lohnquote, egal, ob die Lohnpolitik dies in Form eines Abschlags von der Produktivitätsformel freiwillig akzeptiert, oder ob der Reallohnverzicht unfreiwillig über eine höhere Inflationsrate erfolgt. Aus angebotsorientierter Sicht verlieren die Arbeitnehmer durch eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik nichts, was sie durch eine andere Lohnstrategie erreichen könnten. Andererseits ergibt sich aber auch kein Anhaltspunkt für die Notwendigkeit einer Lohnzurückhaltung, solange die Nichtlohnkosten pro Stück konstant bleiben. Selbst wenn die Nominalloohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt unterschreiten, kommt es nach der Logik des *Sachverständigenrates* nicht zu einem Rückgang der Lohnquote, sondern zu Preissenkungen, die dafür sorgen, daß die Reallöhne letzten Endes mit der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität steigen.

Die zentrale angebotstheoretische Botschaft für die Lohnpolitik besteht in dem nachdrücklichen Hinweis auf die Bedeutung des Produktivitätsfortschritts für den Reallohnspielraum in einer Volkswirtschaft. Es trifft zu, daß eine produktivitätsbezogene und mehr noch eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik allein die Stabilität des Angebotspreisniveaus zum Maßstab ökonomisch vertretbarer Lohnerhöhungen erhebt. Der Verzicht auf Nominalloohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus kann aber nicht als verteilungspolitisches Zugeständnis interpretiert werden. Vielmehr ist die Lohnquote keine sinnvolle Zielgröße der Nominallohnpolitik, da sie von Faktoren abhängt, die sich einer lohnpolitischen Einflußnahme entziehen.

c. Das Konzept der nachfrageniveauneutralen Lohnpolitik

Wie bereits erwähnt, vernachlässigt die angebots- bzw. kostenorientierte Sicht der Lohnpolitik die Nachfrageseite. Dies muß als überraschend empfunden werden, denn der *Sachverständigenrat* argumentiert explizit für eine vollbeschäftigte Wirtschaft, in der das Preisniveau gerade nicht rein kostentheoretisch erklärt werden kann. Vielmehr sind Variationen der monetären Gesamtnachfrage mit gleichgerichteten Preisänderungen verbunden, so daß die Frage nach den nachfrageseitigen Determinanten des Preisniveaus und ihrer Bedeutung für die Preis- und Verteilungseffekte der Lohnpolitik gestellt werden muß².

¹ Vgl. zu den verteilungspolitischen Implikationen einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik N. Güssregen, 1974.

² Vgl. zu den kreislauftheoretischen Aspekten der Lohnpolitik A. Oberhauser, 1985, S. 202 ff.

Den Ausgangspunkt bildet die kreislauftheoretische Begründung der Produktivitätsregel¹. Preisniveaustabilität kann erreicht werden, wenn die nominelle Gesamtnachfrage und das reale Gesamtangebot mit derselben Rate wachsen. Bei einer produktivitätsbezogenen Lohnpolitik ist dies unter bestimmten Voraussetzungen der Fall. Die grundlegenden Zusammenhänge lassen sich unter Vernachlässigung des Staates und der Außenwirtschaft skizzieren. Verwendungsseitig entspricht das nominelle Sozialprodukt in diesem Fall der Summe aus Konsum (C) und (Netto-) Investitionen (I) bzw. Ersparnissen (S), während auf der Verteilungsseite nach Löhnen (L) und Gewinnen (G) zu differenzieren ist:

$$(7) \quad Y = C + I = C + S = L + G$$

Ein gesamtwirtschaftliches Gütermarkt-Gleichgewicht liegt vor, wenn die geplanten Investitionen den geplanten Ersparnissen entsprechen, denn im Umfang der Investitionen muß gesamtwirtschaftlich auf Konsum verzichtet werden. Die von *Kaldor* entwickelte Kreislauftheorie der Verteilung² zeigt, daß ein IS-Gleichgewicht bei gegebenem realen Sozialprodukt über Änderungen in der Einkommensverteilung herbeigeführt werden kann. Die Ersparnisse hängen in diesem Modell vom Einkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer ab, und die Sparquote der Unternehmer (s_G) ist größer als die Sparquote der Arbeitnehmer (s_L). Letzteres kann insbesondere aufgrund des Sparens der Unternehmen in Form der nicht ausgeschütteten Gewinne vorausgesetzt werden. Unter der Annahme einer *Kaldor*-Sparfunktion:

$$(8) \quad S = s_L L + s_G G$$

variiert die volkswirtschaftliche Sparquote mit der Einkommensverteilung:

$$(9) \quad \frac{S}{Y} = s_L \frac{L}{Y} + s_G \frac{G}{Y} = s_G - (s_G - s_L) \frac{L}{Y} = \frac{I}{Y} = \frac{I_r}{Y_r}$$

Eine Verteilungsumschichtung zu Lasten der Arbeitnehmer erhöht den Anteil der Ersparnisse am Sozialprodukt (S/Y). Dies ist erforderlich, wenn der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt (Investitionsquote: $I/Y = I_r/Y_r$) zunimmt, d. h. wenn ein neues gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht nur durch eine Verdrängung des privaten Konsums relativ zum Sozialprodukt erreicht werden kann.

Was hat dieser „Verteilungsmechanismus“ mit einer stabilitätskonformen Lohnpolitik zu tun? Bezogen auf die Einkommensverteilung folgt aus Gleichung (9), daß die Lohnquote durch den Anteil der Investitionen am Sozialprodukt und das Sparverhalten der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer determiniert ist:

$$(10) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w A}{p Y_r} = \frac{s_G - I_r/Y_r}{s_G - s_L}$$

¹ Vgl. E. Scheele, 1969, S. 99 ff; H. Bartmann, 1981, S. 334 ff.

² Eine übersichtliche Einführung liefert beispielsweise T. Koch, 1988, S. 253 ff.

Diese *Kaldor*-Formel für die Lohnquote korrespondiert mit einer nachfrageseitigen Beziehung zwischen Preisniveau (p_d) und Lohnstückkosten:

$$(11) \quad p_d = \frac{s_G - s_L}{s_G - I_r / Y_r} w \frac{A}{Y_r}$$

Gleichung (11) zeigt, daß die traditionelle Nominallohnpolitik auch aus nachfrage-theoretischer Sicht in erster Linie auf das Preisniveau wirkt und sich damit als weitgehend ungeeignetes Instrument zur Beeinflussung der Einkommensverteilung erweist. Dabei können Nominallohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts wiederum als eine Art Nulllinie angesehen werden. Sie lassen das Preisniveau von der Nachfrageseite her unberührt, sofern die Investitionsquote und die gruppenspezifischen Sparneigungen der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer konstant bleiben. In diesem Fall kann die nominelle Konsumgüternachfrage mit der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität wachsen, ohne die Preisniveaustabilität zu gefährden, denn aufgrund des Produktivitätsfortschritts ist ein güterwirtschaftlicher Spielraum zur Befriedigung der Mehrnachfrage vorhanden.

Abweichungen von der Produktivitätsregel sind allerdings mit Blick auf die Stabilität des Preisniveaus immer dann angebracht, wenn Verschiebungen in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts, die in einer Variation der Investitionsquote zum Ausdruck kommen, oder Änderungen im Sparverhalten der Arbeitnehmer bzw. der Unternehmer eintreten. Betrachtet man beispielsweise einen Anstieg der Investitionsquote, so kann der reale Konsum gemessen am Produktionspotential nur unterproportional steigen. Dies impliziert eine Verteilungsumschichtung zugunsten der Unternehmer. Der erforderliche Rückgang der Lohnquote erfolgt bei produktivitätsbezogener Lohnpolitik über nachfragebedingte Preissteigerungen, die eine reale Verdrängung des Arbeitnehmerkonsums bewirken. Preisniveaustabilität ist nur zu erreichen, wenn der Anstieg der Investitionsquote auf die Nominallohnerhöhungen angerechnet wird, die dann hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssen. Diese Folgerung gilt weitgehend analog für eine Erhöhung des Leistungsbilanzsaldos oder der staatlichen Inanspruchnahme des Produktionspotentials.

Produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen stellen also auch kreislauftheoretisch gesehen keine hinreichende Stabilitätsbedingung dar. Allerdings unterscheiden sich die für eine im weiteren Sinne stabilitätskonforme Lohnpolitik maßgeblichen Kompensationsregeln fundamental. Während der *Sachverständigenrat* die Kompensation anderweitig verursachter Kostenänderungen als notwendig und hinreichend erachtet, stellt der kreislauftheoretische Ansatz den Ausgleich von Schwankungen der monetären Gesamtnachfrage in den Vordergrund, die auf Änderungen im Sparverhalten und in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zurückgehen.

3. Verknüpfung der angebots- und nachfrageorientierten Lohnleitlinien

Die Löhne stellen einerseits den gesamtwirtschaftlich bedeutendsten Kostenfaktor, andererseits aber auch die wichtigste Quelle des Konsums dar. Insofern ist es schon erstaunlich, daß in der wissenschaftlichen und mehr noch in der politischen Diskussion meist keine Integration der relevanten Aspekte erfolgt. Angebots- und nachfrageorientierte Stabilitätslohnkonzepte müssen jedoch miteinander verknüpft werden, wenn man ein realitätsnahes Bild von den Möglichkeiten und vielleicht mehr noch von den Grenzen einer stabilitätskonformen Lohnpolitik gewinnen will¹.

a. Angebots- und Nachfrageeffekte der Nominallohnpolitik

Betrachtet man im ersten Schritt allein die Preis- und Beschäftigungseffekte der Lohnpolitik, so gilt aus den genannten Gründen, daß produktivitätsbezogene Nominalloohnerhöhungen das Preisniveau angebots- wie nachfrageseitig weitgehend unberührt lassen. Nominalloohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus bewirken dagegen einen Anstieg der Stückkosten und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Daher ist auf jeden Fall mit Preissteigerungen zu rechnen, während die Beschäftigungs- und Verteilungseffekte vor allem von den monetären Rahmenbedingungen abhängen.

□ Bei elastischem Geldangebot ist eine Vollüberwälzung der Lohnerhöhungen wahrscheinlich. Die Konsumgüternachfrage steigt weitgehend lohnkostenproportional. Bei konstantem Zinsniveau haben die Unternehmen folglich keinen Anlaß zur Reduktion ihrer Investitionsgüternachfrage. Die Lohnpolitik wirkt unter diesen Umständen in erster Linie auf die Preise, während ihr unmittelbarer Einfluß auf Produktion und Beschäftigung gering zu veranschlagen ist. Dementsprechend bleibt auch die Einkommensverteilung weitgehend unberührt.

□ Dies ändert sich, wenn die Zentralbank aufgrund der lohnbedingten Preissteigerungen einen restriktiven Kurs einschlägt. Es kommt dann zu Zinserhöhungen mit der Folge einer Verdrängung der zinsabhängigen Nachfrage, insbesondere der privaten Investitionen. In diesem Fall bleibt der nominelle Nachfragezuwachs hinter dem Kostenanstieg zurück. Da eine Vollüberwälzung nachfrageseitig nicht realisierbar ist, nehmen Produktion und Beschäftigung bei steigendem Preisniveau ab.

□ Die Verteilung kann sich dabei durchaus zugunsten der Lohnquote verschieben. Dazu tragen zwei Faktoren bei: (1) Die Unternehmer machen bei rückläufigem Absatz begrenzte Preiszugeständnisse, reduzieren also den kostenbezogenen Gewinnzuschlag. (2) Der Rückgang der Produktion ist trotz des Beschäftigungsabbaus mit einem Anstieg der Lohnstückkosten verbunden, weil die fixen Lohnkosten sich nun auf eine geringere Menge verteilen². Die reale Lohnsumme nimmt jedoch ab, so daß von einem verteilungspolitischen Erfolg keine Rede sein kann.

¹ Vgl. zum folgenden W. Scherf, 1995, S. 564 ff.

² Diese Überlegung wird durch die empirisch beobachtbaren prozyklischen Schwankungen der Arbeitsproduktivität gestützt. Vgl. H.-D. Smeets, 1992, S. 518.

□ In einer offenen Volkswirtschaft kann der Preisanstieg im Inland auch unabhängig von monetären Restriktionen zu Lasten der Beschäftigung gehen. Insbesondere bei festen Wechselkursen (und damit auch in der Europäischen Währungsunion) ist eine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten. Eine daraus resultierende Tendenz zur Passivierung der Leistungsbilanz trägt zu einem unterproportionalen Wachstum der nominellen Gesamtnachfrage relativ zu den Produktionskosten bei und schränkt damit den Überwälzungsspielraum (weiter) ein.

Aus der Kombination einer expansiven Lohn- mit einer restriktiven Geldpolitik resultiert eine Stagflationstendenz, die durch außenwirtschaftliche Rückwirkungen verstärkt werden kann. Derartige Entwicklungen waren charakteristisch für die konjunkturellen Rückschläge der jüngeren Vergangenheit; nicht zuletzt auch für die Stabilitätsprobleme im Gefolge der deutschen Einheit. Durch eine Ausrichtung der Nominallohnerhöhungen an der Produktivitätsregel ist Stagflation zumindest insofern vermeidbar, als sie auf die Lohnpolitik selbst zurückgeht. Produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen sind für sich genommen weitgehend preis- und beschäftigungsneutral und können in diesem Sinne als stabilitätskonform gelten.

b. Die Problematik einer „kompensatorischen“ Lohnpolitik

Weniger eindeutig ist die Frage zu beantworten, ob eine im Prinzip produktivitätsbezogene Lohnpolitik durch Einführung bestimmter Kompensationsregeln stabilitätspolitisch sinnvoll ergänzt werden kann. Die grundlegenden Aspekte lassen sich am Beispiel einer angebots- und einer nachfrageseitigen Störung aufzeigen.

(1) Kostenniveauneutrale Lohnpolitik: Bei einer Erhöhung der Nichtlohnkosten pro Stück empfiehlt die kostenniveauneutrale Lohnpolitik ein Zurückbleiben der Nominallohnerhöhungen hinter dem Produktivitätsfortschritt, um die gesamten Stückkosten und damit das Angebotspreisniveau zu stabilisieren. Vernachlässigt wird dabei, daß Lohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität auf eine Verminderung der lohnabhängigen Nachfrage pro Stück hinauslaufen und infolgedessen die Nachfragefunktion nach unten verschieben. Dadurch kommt es *ceteris paribus* zu Preissenkungen und in einer unterbeschäftigten Wirtschaft auch zu Produktions- und Beschäftigungsverlusten. Mit einem Ausgleich der Wirkungen wachsender Nichtlohnkosten durch eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik kann also nicht ohne weiteres gerechnet werden.

Erfolgversprechend ist die kostenniveauneutrale Lohnpolitik nur dann, wenn die Erhöhung der Nichtlohnkosten mit einem Nachfragezuwachs einhergeht. Dies charakterisiert beispielsweise eine Erhöhung der indirekten Steuern zur Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben oder eine Anhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung zur Finanzierung zusätzlicher Sozialleistungen. In solchen Fällen kann eine restriktive Lohnpolitik der Kosten- und der Nachfragesteigerung entgegenwirken. Da die Löhne Angebot und Nachfrage berühren, erweist sich der Kompensationsansatz jedoch als untauglich, wenn es um den Ausgleich reiner Kosteneffekte geht.

(2) Nachfrageniveauneutrale Lohnpolitik: Als zweites Beispiel für ein Kompensationsproblem dient der Fall einer Erhöhung der Arbeitnehmersparquote, etwa durch die investive Bindung eines Teils der Nominallohnerhöhungen. Dies bewirkt bei produktivitätsbezogener Lohnpolitik ein Zurückbleiben des Wachstums der nominalen Konsumgüternachfrage hinter dem produktivitätsbedingten Anstieg des verfügbaren Konsumgüternachfrage. Aus kreislauftheoretischer Sicht gibt es daher einen Spielraum für Nominallohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus. Sie würden den restriktiven Effekt des zusätzlichen Arbeitnehmersparens kompensieren und die nominelle Gesamtnachfrage wieder auf ein Niveau anheben, das mit Preisniveaustabilität zu vereinbaren wäre.

Allerdings vernachlässigt diese Argumentation die möglichen Rückwirkungen einer nachfrageniveauneutralen, aber kostensteigernden Lohnpolitik auf den Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Befindet sich die Wirtschaft in einer Rezession, so dürfte der Stückkostenzuwachs Preissteigerungen hervorrufen, die bei fehlender Mehrnachfrage mit einem Rückgang der Produktionsmenge verbunden sind. Die nachfrageseitig scheinbar richtige lohnpolitische Strategie würde also eine Stagflationstendenz hervorrufen und wäre stabilitätspolitisch kontraproduktiv. Eine rein nachfrageseitige Störung der gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage kann eben nicht durch kosten- und nachfragewirksame lohnpolitische Gegenmaßnahmen kompensiert werden. Ein nachfrageseitiger Spielraum für Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus sollte daher nur bei Vollbeschäftigung ausgeschöpft werden. Weil und soweit das effektive Preisniveau dann über dem durch die Stückkosten bestimmten Mindestpreisniveau liegt, kann in gewissem Umfang mit beschäftigungsneutralen Preissenkungen gerechnet werden.

4. Konsequenzen für ein erweitertes Stabilitätslohnkonzept

Die Überlegungen zu den kompensatorischen Lohnkonzepten zeigen, daß einseitige angebots- oder nachfrageorientierte Leitlinien den stabilitätspolitischen Erfordernissen nur eingeschränkt gerecht werden können. Unter Beachtung beider Marktseiten lassen sich eindeutige Empfehlungen jedoch nur unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen geben. Eine Verallgemeinerung der hier diskutierten Beispiele führt zu folgenden Ergebnissen:

- Die Zuwachsrates der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität ist eine geeignete Ausgangsgröße zur Bestimmung des Verteilungsspielraums. Produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen stabilisieren für sich genommen Angebot und Nachfrage relativ zum Auslastungsgrad des Produktionspotentials. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik kann aber nur unter *ceteris-paribus*-Bedingungen als weitgehend preis- und beschäftigungsneutral angesehen werden.
- Von der Nominallohnpolitik gehen annähernd parallele Kosten- und Nachfrageeffekte aus, so daß Abweichungen von der Produktivitätsregel in erster Linie auf das Preisniveau wirken. Sie sollten aus stabilitätspolitischer Sicht in Betracht gezogen werden, wenn sich andere Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus verändern.

Die Erfolgsaussichten einer kompensatorischen Lohnpolitik hängen allerdings von der Art der Störung und von der konjunkturellen Ausgangslage ab.

□ Unabhängig von der Konjunkturlage ist eine Anrechnung auf die Lohnsteigerungen sinnvoll, wenn der Störfaktor ebenso wie die Lohnpolitik weitgehend symmetrisch auf Kosten und Nachfrage wirkt. Beispielsweise führt die Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben durch eine Erhöhung der indirekten Steuern zu Kostensteigerungen, die durch Lohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität neutralisiert werden können. Der damit verbundene restriktive Nachfrageeffekt würde darüber hinaus tendenziell für einen Ausgleich der staatlichen Mehrnachfrage sorgen. Die Überwälzung indirekter Steuern, die normalerweise über Preissteigerungen erfolgt, kann also stabilitätskonform mit Hilfe einer kompensatorischen Lohnpolitik erreicht werden.

□ Bei asymmetrischen Kosten- und Nachfrageeffekten sind die Möglichkeiten der Lohnpolitik begrenzt. In jedem Fall muß auf die konjunkturelle Situation geachtet werden: (1) Bei Vollbeschäftigung bestimmt das Kostenniveau nur die Preisuntergrenze. Daher kann die Lohnpolitik anderweitig verursachten Variationen der Gesamtnachfrage und des Preisniveaus entgegenwirken. Nominallohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts sind beispielsweise anzuraten, wenn das Produktionspotential vermehrt durch Investitionen, Staatsausgaben oder Exporte in Anspruch genommen wird. (2) Bei Unterbeschäftigung gewinnen die Kosten an Bedeutung für die Bestimmung des Preisniveaus. Da die Lohnpolitik keine Nachfragelücke schließen kann, weil sie immer auch auf das Angebot wirkt, ist sie zur Rezessionsbekämpfung ungeeignet. Eine Orientierung an der Kostensituation kann aber zur Preisniveaustabilität beitragen und damit die Voraussetzungen für eine erfolversprechende Globalsteuerung verbessern.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Produktivitätsregel den Kern einer gesamtwirtschaftlich vertretbaren Nominallohnpolitik bildet. Wenn sich die Tarifpartner daran orientieren, begegnen sie wenigstens der von expansiven Lohnsteigerungen ausgehenden Stagflationsgefahr. Allerdings garantiert eine produktivitätsbezogene Nominallohnpolitik allein noch keine Preisniveaustabilität bei konstanter Beschäftigung, denn die Löhne bestimmen nicht allein über die Entwicklung dieser Größen. Kommt es aus anderen Gründen zu einer Verletzung der Stabilitätsziele, so ist stets zu prüfen, ob sich der Stabilisierungsbeitrag der Lohnpolitik durch zielgerichtete Abweichungen von der Produktivitätsregel verbessern läßt. Entsprechende Vorschläge haben jedoch nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie nicht einseitig für die Anrechnung von Kostenänderungen plädieren, sondern auch die jeweils relevanten Nachfrageaspekte berücksichtigen.

Literatur

- Bartmann, H.*, Verteilungstheorie, München 1981.
- Güssregen, N.*, Kostenniveauneutrale Lohnpolitik und ihre verteilungspolitischen Implikationen, Frankfurt am Main 1974.
- Husmann, J.*, Produktivitätsorientierung der Löhne – globale Faustformel ohne Perfektionsanspruch, Wirtschaftsdienst, 1985, S. 151 – 154.
- Kleps, K.*, Lohnpolitische Konzeptionen und Vermögensbildung: Ein Weg aus der Stabilitäts- und verteilungspolitischen Sackgasse, Baden-Baden 1982.
- Koch, T.*, Die Verteilungstheorie N. Kaldors – Der Ansatz der doppelten Sparquote, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), Heft 5, 1988, S. 253 – 256.
- Külp, B.*, Verteilungstheorie, 3. Auflage, Stuttgart-New York 1994.
- Oberhauser, A.*, Lohnsteigerungen und Beschäftigung, in: Langkau, J., Köhler, C. (Hrsg.), Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung, Bonn 1985, S. 201 – 216.
- Ott, A. E.*, Leitlinien für die branchenmäßige Lohnfindung. Ein Beitrag zur Lohnpolitik, Düsseldorf 1968.
- Pätzold, J.*, Stabilisierungspolitik, 5. Auflage, Bern-Stuttgart-Wien 1993.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Jahresgutachten, Stabiles Geld – Stetiges Wachstum, Bonn 1964.
- Scheele, E.*, Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik in der Marktwirtschaft, Düsseldorf 1969.
- Scherf, W.*, Stabilitätskonforme Lohnpolitik: Ein Vergleich alternativer Lohnleitlinien aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 214, 1995, S. 557 – 577.
- Smeets, H.-D.*, „Stylized Facts“ zum Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 210, 1992, S. 512 – 532.
- Suntum, U. v.*, Lohnleitlinien und Verteilungsspielraum, Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), 1982, S. 320 – 323.
- Wansleben, M.*, Produktivitätsorientierung der Löhne – der falsche Weg?, Wirtschaftsdienst, 1984, S. 609 – 614.
- Wied-Nebbeling, S.*, Das Preisverhalten in der Industrie, Tübingen 1985.
-

Bisher erschienene

Finanzwissenschaftliche Arbeitspapiere

01/1985	J. K. Brunner, H.-G. Petersen, Marginale Abgabenbelastung – Zur Lage in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland
02/1985	H.-G. Petersen Laffer-Kurve und „Schwarze Kasse“ respektive Steuervermeidung und -hinterziehung in einfachen makroökonomischen Modellen
03/1986	F. Hinterberger, K. Müller, H.-G. Petersen „Gerechte“ Tariftypen bei alternativen Opfertheorien und Nutzenfunktionen
04/1986	M. Hüther Entstehung und Ausbau der landesherrlichen Steuer im spätmittelalterlichen Bayern. Ein Beitrag zur Finanzgeschichte
05/1986	J. Falkinger Wachstum und Sättigung
06/1986	H.-G. Petersen Theorie und Praxis der Alterssicherung – Stand, Ansatzpunkte für Reformen und ihre Auswirkung in der Bundesrepublik Deutschland
07/1986	H.-G. Petersen Programm- und Ergebnissammlung zu: Theorie und Praxis der Alterssicherung
08/1986	H.-G. Petersen Mikroökonomische Simulationsmodelle zur Erhöhung der Rationalität in Steuer- und Sozialpolitik
09/1987	F. Hinterberger, K. Müller Verteilungswirkungen der Einkommensteuertarifreform 1990
10/1987	A. Bohnet, M. Beck Der Einfluß der Einkommensteuer auf Arbeitsleistung und X-Ineffizienz im Unternehmen
11/1987	H.-G. Petersen The Laffer Curve and „Illicit Cash“ in Simple Macroeconomic Models
12/1987	M. Hüther Der Dreißigjährige Krieg als fiskalisches Problem: Lösungsversuche und ihre Konsequenzen
13/1987	A. Bohnet, N. Penkaitis Vergleich des Lebensstandards und der Konsumgewohnheiten zwischen der RSFSR und den baltischen Unionsrepubliken
14/1988	H.-G. Petersen Wer trägt die Einkommensteuerlast? Aufkommensentwicklung und Verteilungswirkungen der Lohn- und Einkommensteuer 1965 – 1990
15/1988	F. Hinterberger Zur Interpretation von Umverteilungsmaßen bei sich schneidenden Lorenzkurven
16/1988	S. Hermann Ansätze zu einer Integration von Steuer- und Sozialsystem
17/1988	M. Beck, Th. Luh Die Einkommensteuer in der Bundesrepublik Deutschland: Darstellung ihrer Ausgestaltung und Analyse ausgewählter Wirkungen

18/1988	H.-G. Petersen Realisierungsmöglichkeiten einer umfassenden Steuer- und Sozialreform
19/1989	A. Bohnet Die Rolle des Staates in den wirtschaftspolitischen Leitbildern des Liberalismus, des Neoliberalismus und des Interventionismus
20/1989	G. Pöll Ramsey-Regel und indirekte Besteuerung
21/1989	H.-G. Petersen Internal and External Pressures to Reform the German Tax and Transfer System. Tax Harmonization, Common Market, and Monetary Integration in a Political-Economic Perspective
22/1989	F. Hinterberger, M. Müller, H.-G. Petersen Simulation eines Ausgabensteuersystems für die Bundesrepublik Deutschland
23/1989	M. Hüther Probleme der Tarifgestaltung in integrierten Steuer-Transfer-Systemen
24/1989	A. Bohnet, J. Clemens Konzepte konjunkturneutraler Haushaltsgestaltung: Darstellung und Bewertung
25/1989	F. Hinterberger Zur Messung der Umverteilung: Eine Verallgemeinerung
26/1989	Th. Nagel Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende finanzielle Belastung der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Haushalte
27/1989	K. Müller Produktiver Konsum und Wachstum – ein Problem der Kapital- und Wachstumstheorie
28/1989	M. Hüther, M. Müller, H.-G. Petersen, B. Schäfer Microsimulation of Alternative Tax and Transfer Systems for the Federal Republic of Germany
29/1989	M. Hüther Geistesgeschichtliche Ursachen für die Entstehung der Nationalökonomie: Adam Smith, Aufklärung und Theodizee
30/1990	M. Beck Die Effizienz staatlicher und privater Industrieunternehmen in Polen 1987. Eine empirische Analyse mittels einer nichtparametrischen Frontier Production Function
31/1990	F. Hinterberger Entscheidungsfreiheit als Erklärungsprinzip und Wert und ihre Bedeutung für die Ableitung wirtschaftspolitischen Handlungsbedarfs
32/1990	M. Heilmann Ein Klassiker der Finanzwissenschaft. Lorenz von Stein zum 100. Todestag am 23. September 1990
33/1990	H.-G. Petersen Ökonomik, Ethik und Demokratie – Eine Einleitung zu einer Vorlesung an der Handelshochschule Leipzig
34/1990	M. Hüther Zum aktuellen Integrationsbedarf in der deutschen Steuer- und Sozialpolitik
35/1991	F. Müller, M. Beck Versteckte Arbeitslosigkeit als wirtschaftspolitisches Problem: Definition und Messung am Beispiel bundesdeutscher Wasserversorgungsunternehmen
36/1991	F. Hinterberger, M. Hüther Selbstorganisation: Märkte, Staat und Institutionen. Zu Herkunft und Bedeutung der Idee der Selbstorganisation in der Nationalökonomie

37/1991	F. Hinterberger Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Aktivitäten aus der Sicht neuerer ökonomischer Theorien privatwirtschaftlichen Verhaltens – Projektbeschreibung
38/1991	M. Hüther Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Grundeinkommensvorschlägen
39/1991	M. Hüther, H.-G. Petersen Taxes and Transfers – Financing German Unification
40/1991	F. Hinterberger Economic Self-Organization and the State
41/1992	M. Hüther Ist die Finanzpolitik noch zu retten?
42/1992	H. Schmidt Auswirkungen des EG-Binnenmarktes 1992 auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland
43/1992	K. Müller Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung regenerativer Energien – das Beispiel der Windenergie
44/1993	H.-G. Petersen Politische Ökonomie von Nationalismus und Migration
45/1994	H.-G. Petersen Ökonomische Theorie der Politik. Ihr Beitrag zur Überwindung der Krise der Demokratie
46/1994	Ch. Sowada Landwirtschaft im Systemumbruch am Beispiel Polens. Ausgewählte Probleme aus ökonomischer Sicht
47/1995	K. Müller Lean Government – Ursachen von Effizienzdefiziten, Ansatzpunkte und Voraussetzungen einer Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor
48/1997	W. Scherf Langfristige Sicherheit der Renten – Eine sozialpolitische Illusion?
49/1997	A. Bohnet Arbeitslosigkeit in Deutschland als soziales und ökonomisches Problem
50/1998	A. Bohnet, M. Schratzenstaller Ursachen der Arbeitslosigkeit und Ansätze zur Beschäftigungspolitik
51/1998	A. Bohnet, M. Schratzenstaller Fiskalpolitik als Instrument der makroökonomischen Stabilisierung in Marktwirtschaften
52/1998	Martin T. Bohl Testing the Long-Run-Implications of the Neoclassical Stochastic Growth Modell: A Panel-Based Unit Root Investigation for West German Länder 1970-1994
53/1998	W. Scherf Mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung durch die Einkommensteuerreform?
54/1998	W. Scherf Einkommen, Vermögen und Verteilung aus makroökonomischer Sicht
55/1998	A. Bohnet, S. Heck Die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik nach der Vereinigung
56/2000	W. Scherf Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Nominallohnpolitik